

Antrag A2

Initiativantrag an die 1. Tagung des 4. Landesparteitages

EinreicherInnen: Isabelle Vandre, Roland Gehrmann, Daniel Sittler, Norbert Müller, Tina Lange, Juliane Pfeiffer

UnterstützerInnen: Juliane Tietz, Konstantin Gräfe, Sebastian Walter, Anne-Frieda Reinke, Moritz Kirchner, Sascha Krämer, Gesine Dannenberg, Jan Eckhoff, Ronny Besançon

Überwachung der linksalternativen Szene Potsdams durch den Verfassungsschutz beenden!

Durch Medienberichte wurde kürzlich überregional bekannt, dass zahlreiche Mitglieder der Potsdamer linksalternativen Szene seit Jahren engmaschig durch V-Leute oder hauptamtliche Mitarbeiter des Brandenburger Verfassungsschutzes überwacht werden.

Die Betroffenen hatten nach Auskunftsanträgen bei der Verfassungsschutzbehörde erfahren, dass der Geheimdienst konkret speichert, an welchen Kultur- und Diskussionsveranstaltungen sowie Demonstrationen sie teilgenommen haben sollen. Zu den benannten Veranstaltungen zählen unter anderem die Weihnachtsfeier 2011 im "Black Fleck", eine Spendengala im Mai 2011 im "freiLand Potsdam", eine Veranstaltung des Antikapitalistischen Bündnisses im Studentischen Kulturzentrum ("Kuze") und eine Demonstration von Greenpeace gegen Atomenergie.

Diese Überwachung ist skandalös. Sie muss sofort beendet werden. Wir können nicht akzeptieren, dass der Brandenburger Verfassungsschutz als Instrument gegen linksalternative und kulturell engagierte Jugendliche und junge Erwachsene eingesetzt wird. Es ist nicht auszuschließen, dass diese in Zukunft mit Berufsverboten und anderen Einschränkungen rechnen müssen. Derartige Beispiele gab es hierzulande immer wieder.

Das zudem anerkannte und öffentlich geförderte soziokulturelle Zentren wie das freiLand und das studentische Kulturzentrum überwacht werden, ist nicht hinnehmbar.

Die Überwachungspraxis des Brandenburger Verfassungsschutzes steht in der Tradition deutscher Geheimdienstpolitik, nach der jegliches politisches Engagement links der Sozialdemokratie von Staats wegen verdächtig ist. Es gibt keine Indizien, die eine Überwachung der linksalternativen Szene in Potsdam und in Brandenburg rechtfertigen. Sollte diese fortgesetzt werden, wird DIE LINKE Brandenburg Betroffene darin unterstützen, Rechtsmittel gegen das Land Brandenburg einzulegen.

Wir erinnern daran, dass der Brandenburger Verfassungsschutz und das Innenministerium als Aufsichtsbehörde bereits im Fall des linksalternativen Jugendwohnprojekts "Mittendrin" in Neuruppin sowie des Mehrgenerationenhauses in Potsdam-Babelsberg mit juristischen Mitteln dazu gezwungen wurden ihre öffentliche Diffamierung gegen die Einrichtungen zu unterlassen.

DIE LINKE Brandenburg fordert als Sofortmaßnahmen:

- die anlasslose und rechtswidrige Überwachung der linksalternativen Szene Potsdams muss beendet werden
- im Falle des Einsatzes von V-Leuten sind diese in Absprache mit der Parlamentarischen Kontrollkommission sofort abzuschalten
- alle Betroffenen sind über die zu ihrer Person gespeicherten Daten vollständig zu informieren
- alle Akten und Daten aus dieser Überwachungsmaßnahme sind danach zu löschen
- der Verfassungsschutz wird aufgefordert, umfassend und öffentlich zu den Gründen der Überwachung Rechenschaft abzulegen

Im Rahmen der Debatte um das Wahlprogramm zu den Landtagswahlen wollen wir Maßnahmen diskutieren, um Kompetenzen des Verfassungsschutzes deutlich einzuschränken, seine Arbeit transparent zu gestalten und ihn umfassend zu demokratisieren.